

## Apropos 39:

# Was hinter dem Streit mit dem Iran steckt

**W**erden wir richtig informiert? Nur wenn wir den Guru unserer eigenen individuellen Vernunft in der richtigen Weise wirksam werden lassen. Das heißt: wenn wir uns um die nötigen Informationen bemühen und sie *denkend* verarbeiten. Sonst laufen wir Gefahr, von Medien, Behörden oder auch Wissenschaftlern (manchmal absichtlich) in die Irre geführt zu werden. So wie es zum Beispiel George W. Bush und seine Regierung – nicht nur beim Irakkrieg – sozusagen notorisch tun, was an dieser Stelle immer wieder belegt worden ist.

### Entlarvendes Geheimprotokoll

Zum Vorfeld des Irakkriegs kam soeben wieder ein neuer Beleg zum Vorschein: Die spanische Tageszeitung *El País*<sup>1</sup> veröffentlichte ein Geheimprotokoll, das zeigt, wie George W. Bush damals gegenüber seinem spanischen Amtskollegen Aznar die Irak-Resolution der Vereinten Nationen einschätzte: «Mir ist der Inhalt ohnehin ein bisschen egal.»<sup>2</sup> Denn der Krieg war längst beschlossen; es ging nur noch darum, die Weltöffentlichkeit mit Hilfe der UNO an der Nase herumzuführen. Das Protokoll enthält eine vertrauliche Unterredung, die der damalige spanische Ministerpräsident José María Aznar am Vorabend des Irakkriegs mit US-Präsident Bush auf dessen Ranch in Crawford führte. Es wurde von Javier Rupérez angefertigt, «damals spanischer Botschafter in Washington, der beim Gespräch zugegen war und als Dolmetscher für Aznar Bushs Worte ins Spanische übersetzte»<sup>3</sup>. (Auf welche Weise die Zeitung zu diesem bisher unveröffentlichten Dokument gekommen ist, wird nicht mitgeteilt. Allerdings steht die Madrider Tageszeitung traditionell den Sozialisten, also der jetzigen Regierung, nahe. Und da im nächsten März in Spanien Parlamentswahlen stattfinden, ist die Vermutung nicht ganz abwegig, dass die jetzige Indiskretion damit im Zusammenhang steht. Denn wenn auch Ex-Ministerpräsident Aznar die politische Bühne seit der Wahlniederlage im März 2004 offiziell verlassen hat, spielt er doch innerhalb seiner Volkspartei (PP) weiterhin eine große Rolle und gilt für viele noch immer als bevorzugte «Hassfigur».)

Das Treffen der beiden Staatsführer fand am 22. Februar 2003 statt. Aznar gehörte zu diesem Zeitpunkt neben dem Briten Tony Blair, dem Italiener Silvio Berlusconi und dem Portugiesen José Manuel Barroso zu den Regierungschefs in der Europäischen Union, die eine In-

vasion des Irak unterstützten. Die veröffentlichten Passagen werfen ein Licht darauf, mit welcher Vehemenz Bush den Einmarsch im Irak vorantrieb, obwohl er nach außen so tat, wie wenn er noch zu verhindern wäre. Das Protokoll ist ein historischer Beleg für die «diplomatische Farce, die auch viele Politiker und Regierungschefs anderer Länder wissentlich mitspielten und damit Vertrauen in die Politik, vor allem auch in die Vereinten Nationen, verspielten»; es entlarvt auch den damaligen spanischen Regierungschef, der am 13. Februar 2003 öffentlich wahrheitswidrig erklärt hatte: «Das irakische Regime besitzt Massenvernichtungsmittel. Sie können alle sicher sein, dass ich die Wahrheit sage.»<sup>4</sup>

Pikant ist, dass praktisch gleichzeitig mit diesem Geheimprotokoll die «wirkliche Wahrheit» publik wurde: «Die amerikanische Regierung fordert für die Einsätze im Irak und in Afghanistan vom Kongress die Freigabe von fast 190 Milliarden Dollar im nächsten Jahr. Das ist gut ein Drittel mehr als zunächst veranschlagt.»<sup>5</sup> Damit würde 2008 laut US-Medienberichten das teuerste Kriegsjahr seit dem Einmarsch im Irak.

### Muss der Angeklagte seine Unschuld beweisen?

Können diese Ausgaben noch gesteigert werden? Kommt es also zum Krieg der USA gegen den Iran? Die Medien widersprechen sich – zumindest auf den ersten Blick. So hieß es in der *Süddeutschen Zeitung*: «Atomstreit mit Iran: Ahmadinedschad schließt Einlenken aus»<sup>6</sup>. In der *Welt* hingegen stand: «Ahmadinedschad: Iran erlaubt Überwachung des Atomprogramms»<sup>7</sup> – zumindest in der «ersten Fassung». Denn wer am nächsten Tag im Archiv nochmals nachsehen wollte, fand plötzlich einen veränderten Text (bei gleicher Artikelnummer und gleicher Zeit!): «Irans Atomprogramm: «Unsere Aktivitäten waren völlig friedlich». Ein Eingriff der Chefredaktion?

Nun, im erwähnten Artikel der *Süddeutschen* hieß es weiter: «Der iranische Präsident Ahmadinedschad hat in seinem Auftritt vor der UN-Vollversammlung ein Einlenken im Atomstreit ausgeschlossen – und übte besonders scharfe Kritik an den USA. Vor der UN-Vollversammlung in New York sagt Ahmadinedschad: «Ich verkünde offiziell, dass wir die Debatte um das Atomprogramm als beendet betrachten.» Der Iran beuge sich keinen «illegitimen und politisch motivierten Diktaten von arroganten Mächten». Sein Land sei bereit, das Thema als «normale Frage» im Rahmen der Internationalen

Atomenergieagentur (IAEA) zu behandeln. Es sei allein deren Aufgabe, ohne Druck durch die USA oder andere Länder die «nuklearen Aktivitäten der Mitglieder zu beaufsichtigen»<sup>6</sup>. Der erwähnte *Welt*-Artikel stellte fest: «So einfach ist das also: «Das Thema Atomprogramm ist hiermit erledigt», ließ Mahmud Ahmadinedschad bei seinem Auftritt vor den Vereinten Nationen wissen. Denn ab sofort dürfe die Internationale Atomenergiebehörde das iranische Nuklearprogramm überwachen» (erste Fassung). In der jetzt zugänglichen Version steht: «So einfach ist das also: «Das Thema Atomprogramm ist hiermit erledigt», ließ Irans Präsident Mahmud Ahmadinedschad die UN-Vollversammlung wissen. Die Internationale Atomenergiebehörde könne das Nuklearprogramm ruhig überwachen. Ohnehin nutze man die Atomenergie nur für friedliche Zwecke.»<sup>7</sup>

Verwirrung total also? Fakt ist, dass der Iran eine Überwachung seines Atomprogramms durch die IAEA jetzt zulässt, eine «Einmischung» des UNO-Sicherheitsrats aber ablehnt. Ist eine solche «Einmischung» überhaupt berechtigt? Gewiss, kein vernünftiger Mensch kann einen Iran mit Atomwaffen wünschen. Aber darf die internationale Gemeinschaft das mit Gewalt verhindern? Hat der neue französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy Recht, wenn er erklärt, Atomwaffen in iranischen Händen würden eine «nicht akzeptable Gefahr für die Stabilität in der Region und der Welt»<sup>5</sup> darstellen? Oder die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel, die behauptet: «Machen wir uns nichts vor: Wenn Iran in den Besitz der Atombombe käme, dann hätte das verheerende Folgen.» (...) Diese betreffen zuerst vor allem Israel, dann die Region und schließlich Europa und die Welt. «Deshalb muss verhindert werden, dass Iran in den Besitz der Atombombe kommt.» Und weiter: «Nicht die Welt muss Iran beweisen, dass Iran die Atombombe baut. Iran muss die Welt überzeugen, dass es die Atombombe nicht will.»<sup>8</sup> Spätestens hier müssten alle Alarmglocken schrillen für die, die den Rechtsstaat hochhalten wollen, denn nach dessen Prinzipien ist es immer noch so, dass nicht der Angeklagte seine Unschuld beweisen muss, sondern dass ihm der Ankläger die Schuld nachweisen muss! Mit vollem Recht nennt ein deutscher Kommentator Merckels Äußerung «fatal»: «Die Argumentation ist in unguter Erinnerung: (...) Mit solcherart Beweislastumkehr hatte US-Präsident George W. Bush im Vorfeld der Irak-Invasion gegenüber Bagdad argumentiert – was folgte, ist bekannt.»<sup>9</sup>

#### «Der Iran ist keine Selbstmordnation»

«Krieg», sagte der französische Außenminister Bernard Kouchner auf Fragen von Journalisten, was er mit seiner

Äußerung «Vorbereitungen für den schlimmsten Fall» meinte. «Krieg gegen den Iran, wenn die Islamische Republik Atomwaffen baut.» Tags darauf wies der Generaldirektor der IAEA, Mohamed El-Baradei, den Pariser Haudegen in die Schranken. «Ich glaube nicht, dass wir vor einer Gefahr stehen, die nach Mitteln verlangt, die über Verhandlungen hinausgehen», sagte El-Baradei am Rande der IAEA-Generalversammlung in Wien, «wir sollten die Frage einer Gewaltanwendung nicht hochschaukeln». Der frühere Oberkommandierende der US-Streitkräfte im Mittleren Osten, General John Abizaid, meint sogar, «dass die Welt mit iranischen Atomwaffen leben könnte. «Der Iran ist keine Selbstmordnation», sagte Abizaid (...) im Zentrum für Strategische und Internationale Studien in Washington. Der General ist überzeugt, dass «die USA die Macht besitzen, Teheran vor einem Atomkrieg abzuschrecken.»<sup>10</sup>

#### «Berechtigter Vorwurf der doppelten Maßstäbe»

Da wird ein Schleier hoch geweht, was für einen Moment einen Blick «hinter die Kulissen» ermöglicht: «So aufrichtig und gerecht, wie sich die westlichen Vertreter in dieser Sache gerieren, sind sie allerdings nicht. Die Unsicherheit in Fragen des nuklearen Arsenalts rührt nicht ausschließlich von Iran, wie es derzeit gerne dargestellt wird. Sie ist vom Westen hausgemacht, ein deutliches Signal für ein grundlegendes Ungleichgewicht ist die Sonderbehandlung zweier Atommächte, nämlich Israels und Indiens.»<sup>11</sup> Die nukleare Nichtverbreitungspolitik ist seit längerem schon in der Krise. «Die alte Aufteilung in Kernwaffenmächte und Nichtkernwaffenstaaten garantiert längst keine Stabilität mehr, weil sich längst nicht mehr alle Staaten daran halten, wie Indien, Pakistan, Israel, Nordkorea, Libyen und Irak gezeigt haben.» Kann man dem Iran und seinem Präsidenten vertrauen? Man kann «auch die Gegenfrage stellen: Warum sollte Iran dem Westen vertrauen?» In der UNO hat man seinem Präsidenten «sehr augenfällig demonstriert,



Tony Blair, George W. Bush und Jose Maria Aznar, 17. Mai 2003, Lajes Field, Azoren

wie arrogant man tatsächlich ist». So gibt man «dem iranischen Präsidenten Recht, der dem Westen vorwirft, die UNO und insbesondere den Sicherheitsrat als strategisches Tool gegen Iran zu missbrauchen. (...) Will man überhaupt noch verhandeln oder geht es nur noch darum, Iran in der Ecke zu halten und Machtpolitik mit Kriegsdrohungen zu betreiben?» Laut der amerikanischen Zeitschrift *Newsweek* könnte Iran «frühestens 2010» und «wahrscheinlich erst 2015» die Atombombe bauen. Ein Militärschlag gegen Iran von amerikanischer Seite gilt «als wenig wahrscheinlich». Die Drohung bleibe aber «als strategisches Mittel auf dem Tisch, Iran solle stetig verunsichert werden. Aber vielleicht gibt es einen Militärschlag von Seiten Israels.» Dass man «im Westen, was die israelische Atompolitik betrifft, offiziell nicht genau hinsehen will, führt zum berechtigten Vorwurf der doppelten Maßstäbe und untergräbt internationale Abkommen wie dem Atomwaffensperrvertrag». Es ist eine «Tatsache, dass die israelische Nuklearpolitik von internationaler Überwachung ausgeschlossen ist, ein fortdauernder Spezialfall, wie Indien. Und wer sieht Pakistan, unter der Herrschaft des mit der derzeitigen Regierung gut befreundeten Muscharraf, genau auf die nuklearen Finger?»<sup>11</sup> Der Iran hat auch noch nicht vergessen, dass die USA in den Achtzigerjahren Saddam Hussein so hochgerüstet haben, dass ihm der Krieg gegen den Nachbar ermöglicht wurde.

#### **«Innerwestlicher» Wirtschaftskrieg: Wie die USA und Frankreich die Deutschen austricksen wollen**

Das Hochwehen des Schleiers ermöglicht noch einen weiteren Blick in den Hintergrund. Praktisch zeitgleich mit Ahmadinedschads Rede vor der UNO in New York sprach sich das US-Abgeordnetenhaus in Washington für weitere Sanktionen gegen Teheran aus. Der Beschluss des US-Repräsentantenhauses sieht im Kern vor, «dass ausländische Firmen auf dem US-Markt, die mehr als 20 Millionen Dollar im iranischen Energiesektor investieren, künftig mit US-Sanktionen belegt werden. Zudem appellierten die Abgeordneten an die Washingtoner Regierung, die zum iranischen Militär gehörenden Revolutionsgarden auf die US-Liste von Terrororganisationen zu setzen. Das Votum fiel mit 397 zu 16 Stimmen.»<sup>2</sup> Nicht gesagt wurde, ob das auch für die mit dem US-Vizepräsidenten Dick Cheney verbandelte Halliburton gilt, die – wie hier bereits vermeldet<sup>12</sup> – im Januar 2005 von der staatlichen iranischen Pars Oil and Gas Co. einen Auftrag im Wert von etwa 300 Mio. US\$ erhalten hat. Bei dem Projekt handelt es sich um die neunte und zehnte Ausbauphase in South Pars, dem weltweit größten Erdgasfeld. Die US-Firma hat ihren

Hauptsitz in Dubai und unterhält seit 2000 ein eigenes Büro in Teheran ... (Offenbar um diesen Zusammenhang zu verschleiern, ließ Dick Cheney über «zwei nicht genannte Informanten» und Berater David Wurmser der Zeitschrift *Newsweek* die Nachricht zukommen, er «habe erwogen, Israel um Raketenangriffe auf iranische Atomanlagen zu bitten». Die israelischen Angriffe hätten «iranische Vergeltungsschläge provozieren sollen. Sie wären der Vorwand für US-Angriffe auf den Iran gewesen, meldete *Newsweek*.»<sup>13</sup> Auch das ist Politik ...)

Die Sache hat Methode, wie inzwischen auch die deutsche Regierung gemerkt hat: «Mit harten Sanktionen soll Iran dazu gebracht werden, seine atomaren Ambitionen aufzugeben – fordern Frankreich und die USA. Zugleich machen Konzerne beider Länder ungestört Geschäfte mit Teheran.»<sup>14</sup> Die Wirtschaftsabteilung des Auswärtigen Amtes erarbeitet für Außenminister Frank Walter Steinmeier «Argumentationshilfen mit pikanten Informationen». Sie sollen zeigen, «dass die Hardliner USA und Frankreich im Iran-Geschäft hinter ihren hehren Ansprüchen zurückbleiben. So wird den Franzosen vorgeworfen, dass mehrere Unternehmen aus der Auto-, Energie- und Finanzbranche – unter anderen Peugeot, Renault, Total, BNP Paribas, Société Générale – nahezu unverändert Geschäfte machten, während deutsche Exporte nach Iran dramatisch zurückgingen.» Noch brisanter sind Hinweise, die die Glaubwürdigkeit der US-Sanktionspolitik untergraben: «Amerikanische Firmen umgingen den seit 1979 währenden Boykott gegen Iran, indem sie ihre Geschäfte über Briefkastenfirmen in Dubai abwickelten.» Schon länger halten deutsche Politiker intern den Amerikanern vor, «dass sie dies stillschweigend duldeten. Die Präsenz von Microsoft-Programmen, Caterpillar-Baggern sowie der Marken Pepsi- und Coca-Cola in Teheran sei aber unübersehbar. Die unterschiedlich strenge Umsetzung von Sanktionen bewirke eine «Verdrängung deutscher Firmen aus dem Iran-Markt», klagt ein Spitzenmann aus Steinmeiers Ressort.» Bisher kamen allerdings auch die Deutschen nicht zu kurz. Laut einem «Israel nahestehenden Dienst» «machen auch 5000 deutsche Unternehmen Geschäfte mit Iran – darunter Großfirmen wie Siemens und BASF. Rund zwei Drittel der iranischen Industrie stützten sich auf Maschinen deutschen Ursprungs»<sup>10</sup>. Aber die Fakten belegen: Hinter dem Streit tobt auch ein «innerwestlicher» Wirtschaftskrieg.

#### **Tagtägliche Missachtung der Menschenrechte**

Ist der iranische Staatschef ein «engstirniger und grausamer Diktator», wie ihn Lee Bollinger, der Präsident der

Columbia University im Norden Manhattans, begrüßte, obwohl er ihn zu einer Rede vor 600 Studenten und Fakultätsmitgliedern eingeladen hatte? Nicht zu Unrecht meinte Bollinger weiter, Ahmadineschads beständiges Leugnen des Holocaust zeuge von seinem «entweder schamlos provokanten oder erstaunlich ungebildeten» Wesen. Mit seiner Behauptung, der Mord an sechs Millionen Juden sei keine historische Tatsache, sondern allenfalls eine Theorie, könne der iranische Präsident vielleicht Ungebildete und Unwissende täuschen. «Wenn Sie aber an einen Ort wie diesen kommen, machen Sie sich damit einfach lächerlich. Der Holocaust ist das am besten dokumentierte Ereignis in der Menschheitsgeschichte»<sup>15</sup>. Ohne Zweifel gibt es erfreulichere Zeitgenossen als den derzeitigen iranischen Präsidenten. Gilt das aber nicht auch für den amerikanischen Präsidenten? Jedenfalls wirken beide wie merkwürdige politische Zwillinge, wie auch ein politischer Kommentator beobachtete: «Wenn der amerikanische Präsident George W. Bush und der iranische Präsident Mahmud Ahmadineschad aufeinandertreffen oder sich auch nur am selben Ort aufhalten, kommt es zu einem archaisch anmutenden Männerduell.»<sup>15</sup>

Vor der UN-Vollversammlung in New York sagte der iranische Präsident nicht ganz zu Unrecht: «Leider werden die Menschenrechte ausgiebig gerade von jenen Mächten verletzt, die sich als deren exklusive Fürsprecher aufspielen. (...) Geheimgefängnisse, Entführungen, Prozesse und geheime Strafen ohne Rechtsgrundlage, das ausführliche Abhören von Telefonaten, das Ausspähen privater Post – all das ist inzwischen gang und gäbe. In den USA würden die Menschenrechte «den Profiten der Wirtschaft» geopfert.»<sup>16</sup> Dass auch im Iran die Menschenrechte mit Füßen getreten werden, sagte er natürlich nicht.

George W. Bush seinerseits hat seinen Auftritt bei den Vereinten Nationen «dazu genutzt, vor der Welt das Hohelied der Freiheit und der Menschenrechte zu singen». Der Beobachter meint: «Dagegen ist an sich nichts einzuwenden. (...) Es gibt da nur ein kleines Problem: George W. Bush mag von seiner Botschaft zutiefst be-seelt sein. Nur mag sie ihm niemand mehr abnehmen. (...) Seine Freiheitsbotschaft ist dauerhaft kontaminiert durch die eigene Politik: durch die tagtägliche Missachtung der Menschenrechte in Guantanamo und den irakischen Feldzug im Namen der Menschlichkeit, der tatsächlich hunderttausendfachen Tod und Chaos über das Land gebracht hat. Dieser Schaden lässt sich nicht so schnell beheben – schon gar nicht nur mit schönen Reden.»<sup>17</sup>

### Wahrheit, Phrasen und Wirklichkeit

Schon Rudolf Steiner hat darauf hingewiesen: «Die Wahrheit wird aber nicht an Worten erkannt, die Wahrheit wird an Wirklichkeiten erkannt.» Und: «Man kann lang schöne, selbstverständlich auch wahre Worte reden über das Vorzügliche einer demokratischen Staatsverwaltung, über das Musterhafte einer demokratischen Staatsverwaltung. Aber an dem Einblick, ob das richtig oder unrichtig ist, zeigt sich nicht die Wirklichkeit; sondern die Wirklichkeit zeigt sich darinnen», welche Persönlichkeiten eine solche demokratische Staatsverwaltung an die Spitze bringt. Und schließlich: «Mit Grundsätzen geschieht in der Welt nichts. In der Welt geschehen die Dinge durch Wirklichkeiten. Im sozialen Leben sind die Wirklichkeiten die Persönlichkeiten. Das ist etwas, worauf stark und kräftig gerade Geisteswissenschaft hinweisen muss», die «nirgends sich anschließen will an das Phrasengepränge, das heute die Welt beherrscht. Und ich meine» nicht «allein, dass man Phrasen ausspricht, sondern ich meine das viel Schlimmere: dass man Phrasen zu verwirklichen sucht, dass man Phrasen zu Einrichtungen macht, dass man sich nicht entschließt, die Dinge bei ihrem wirklichen Namen zu nennen.» Zu erkennen ist «der Kampf der nach Wirklichkeit strebenden Phrase gegen die lebendige Wirklichkeit»<sup>18</sup>.

Boris Bernstein

1 *El País*, Madrid, 26.9.2007

2 *Welt Online*, 26.9.2007

3 [www.tagesanzeiger.ch](http://www.tagesanzeiger.ch), Zürich, 26.9.2007

4 [www.telepolis.de/](http://www.telepolis.de/) 27.9.2007

5 AP-Meldung vom 26.9.2007

6 [www.sueddeutsche.de/](http://www.sueddeutsche.de/) 26.9.2007

7 [www.welt.de/politik/article1213181.html](http://www.welt.de/politik/article1213181.html), 26.9.2007, 00:04 Uhr

8 [www.faz.net](http://www.faz.net) 26.9.2007

9 *Berliner Zeitung*, 27.9.2007

10 *Frankfurter Rundschau*, 19.9.2007

11 [www.telepolis.de/](http://www.telepolis.de/) 26.9.2007

12 *Apropos 33*, *Der Europäer*, Jg. 11, Nr. 6, April 2007

13 Reuters-Meldung vom 23.9.2007

14 *Spiegel Online*, 22.9.2007

15 *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 26.9.2007

16 AFP-Meldung vom 25.9.2007

17 *Süddeutsche Zeitung*, 26.9.2007

18 Rudolf Steiner, GA 180, Silvester 1917